

SYSTEMRELEVANT 118

Die Gaspreisbremse ist pragmatisch – aber ist sie auch gerecht? Sebastian Dullien erläutert die Ergebnisse der Gaspreis-Kommission und die Herausforderungen für die Politik.

Marco Herack:

Heut ist Dienstag, der 18. Oktober 2022. Willkommen zur 118. Ausgabe von Systemrelevant. Sebastian Dullien, ich grüße dich.

Sebastian Dullien:

Hallo Marco.

Marco Herack:

Du bist der Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, bekannt als IMK, bei der Hans-Böckler-Stiftung. Und wir haben heute Morgen um 8:30 Uhr beschlossen, dass wir uns heute um 11 Uhr zusammenfinden und einen Podcast aufnehmen.

Sebastian Dullien:

Ja, ist doch gut. Ein bisschen Spontaneität muss doch mal sein.

Marco Herack:

Spontaneität – ist ja auch ein spontanes Thema, da kommen wir gleich noch dazu. Aber vorweg wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, um Ideen, Fragen oder Unmut kundzutun, dann könnt ihr uns beispielsweise auf Twitter antickern @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen und Anregungen bitte einfach einsenden. Und wir freuen uns, wenn wir uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Wenn ihr Twitter nutzt, dann findet ihr Sebastian dort als @SDullien, also Sebastian Dullien. Mein Name ist Marco Herack und wir wollen uns heute mit der Gaspreisbremse beschäftigen. Und wer jetzt denkt, was ist denn daran spontan, ja, Sebastian, dann fangen wir doch mal an mit der Frage, wie fand sich denn diese Gaskommission zusammen und wie viel Zeit hatte sie, zu entscheiden?

Sebastian Dullien:

Wir erinnern uns, es ist gar nicht so lange her, dass das dritte Entlastungspaket beschlossen wurde von der Bundesregierung. Und in diesem dritten Entlastungspaket stand drin, dass auch geprüft werden sollte, also da stand ein Vorschlag für eine Strompreisbremse drin. Da stand auch drin, es sollte geprüft werden, ob und wie man auch eine Preisbremse bei Gas und Wärme, eigentlich stand da Wärmesektor, aber da gehört Gas dazu, das ist dann Gas und Fernwärme, wie man das und ob man das umsetzen sollte. Dann hat die Regierung angefangen, diese Kommission einzusetzen. In der Zwischenzeit haben, glaube ich, sehr, sehr viele Abgeordnete aus ihren Heimatwahlkreisen die Nachricht bekommen, dass da wirklich die Hütte brennt mit den Gasrechnungen, die in die Höhe schießen, den Abschlägen, die in die Höhe schießen. Und daraufhin hat dann die Regierung sich zusammengesetzt und diesen Doppel-„Wumms“ gemacht, oder er lief ja durch die Medien, mit 200 Milliarden Euro, die jetzt zur Stützung im Grunde der Verbraucher, Verbraucherinnen von Gas eingesetzt werden sollen. Diese Entscheidung lief in diesen Prozess rein, dass diese Kommission eingesetzt wurde. Und das heißt, eigentlich kurz nach der Einsetzung war die Kommission dann damit konfrontiert,

dass sie einerseits die Entscheidung der Bundesregierung hatte, dass das jetzt passieren soll, dass eine Gaspreisbremse kommen sollte, das stand auch da ziemlich deutlich drin in dem Koalitionsbeschluss. Das heißt, das Ob war dann plötzlich gar nicht mehr die Frage. Und dann kam das Nächste. Eigentlich sollte die Kommission bis Ende Oktober Zeit haben, hatte sich auch einen schönen Zeitplan gegeben, um einen Bericht zu machen. Und dann hat die Regierung gesagt, nein, nein, so lange können wir jetzt doch nicht mehr warten, also bitte liefert was am Montag, den 10. Oktober. Und dann musste halt die Gaspreiskommission, da hatten sie zum Glück eine Klausurtagung über das ganze Wochenende schon angesetzt, und dann wurde diese Klausurtagung dann genutzt, um eben schnell mal, weiß ich nicht, spontan ist das dann ja nicht ganz direkt, aber auf jeden Fall ziemlich schnell ein Konzept für die Gaspreisbremse aus dem Boden zu stampfen. Das war wohl, wenn man den Berichten der Menschen, die da drin waren, folgt, war das eine ziemlich heftige Sitzung mit sehr wenig Schlaf von Samstag auf Sonntag und für viele noch weniger Schlaf von Sonntag auf Montag, wo dann irgendwie noch am Ende um 6:30 Uhr morgens an dem Dokument geschrieben wurde und dann eben das kurze Zeit später an den Kanzler übergeben wurde und dann am späten Vormittag in einer Pressekonferenz vorgestellt wurde.

Marco Herack:

Das scheint mir ja jetzt nicht gerade ein optimales Setup zu sein.

Sebastian Dullien:

Nein, das muss man jetzt mal so sagen. Das ist eigentlich nicht so, wie man Politik machen sollte. Wenn man das so macht, ist die Gefahr, dass da Fehler passieren, natürlich wahnsinnig groß. Also erstens, ja, das kann man sagen, ein paar Leute haben sich mit diesem Thema der Gaspreisbremse, Gaspreisdeckel und all diesen Sachen schon länger beschäftigt und waren deshalb ganz gut vorbereitet, aber, ja, es geht ja um auch relativ große Geldsummen. Der Spaß wird zwar nicht die ganzen 200 Milliarden kosten, sondern wahrscheinlich eher so knapp unter 100 Milliarden, aber das ist schon recht viel Geld und das dann in der Form zu machen, ist eigentlich suboptimal. Zumal wir seit Februar ja wissen, dass es mit dem Gaspreis ein Problem geben wird. Also das war absehbar. Wir beim IMK haben da ja sehr lange drauf hingewiesen. Mit Isabella Weber zusammen, die auch eins der Mitglieder der Kommission war, hatten wir ja schon im Februar diesen Gaspreisdeckel für einen Grundverbrauch vorgeschlagen. Und die Diskussion hat sich über den ganzen Sommer gezogen. Und jetzt unmittelbar vor dem Winter kommt man dann auf die Idee, na ja, dass man es dann vielleicht doch bis November noch umsetzen möchte.

Marco Herack:

Und wie ist denn das jetzt, wenn die Gaskommission dann etwas ausgearbeitet hat, wird das dann auch politisch so umgesetzt oder wird das dann auch noch mal umgearbeitet?

Sebastian Dullien:

Na ja, also das ist so, dass das natürlich nur ein Vorschlag ist. Ich glaube, dass die Politik nicht jetzt was ganz anderes aus dem Boden stampfen kann und wird. Aber die Politik hat durchaus die Möglichkeit, also es gibt da ja auch einzelne Elemente

drin, wo man jetzt gar nicht weiß, ob die in der Form überhaupt praktikabel sind. Es sind andere Elemente, wo nicht klar ist, ob das eigentlich mit EU-Beihilferecht vereinbar ist, was sich die Kommission da ausgedacht hat. Und all diese Dinge werden natürlich in dem normalen gesetzgeberischen Prozess noch mal angefasst. Und es kann auch sein, dass die Regierung sagt so, da ist das Risiko, dass das vor die Wand fährt, politisch so heikel, dass wir es doch ein bisschen anders machen wollen. Und das ist, glaube ich, ganz normal. Also insbesondere, wenn man ja jetzt hofft, dass zum Gesetze schreiben, ein bisschen mehr Zeit zur Verfügung steht als das, was die Kommission hatte, um diesen Bericht da zu schreiben. Aber von daher, da wird das Kabinett jetzt drauf gucken, dann werden die Fachministerien drauf gucken und dann entscheidet natürlich am Ende auch der Bundestag.

Marco Herack:

Bis wann denn? Im Dezember dann?

Sebastian Dullien:

Ja, ich glaube, das soll jetzt relativ schnell gehen, weil der Punkt ist, dass auch Geld im Dezember ausgezahlt werden soll. Also die Regeln sind ja so, dass es zunächst einmal eine Abschlagszahlung für Gas übernommen werden soll. Das erste Element ist schon im Dezember. Mir wurde jetzt kolportiert, ich habe das aber nicht überprüft, dass das auch damit zu tun hat, mit der Art, wie das Geld bereitgestellt wird. Weil das Geld wird ja über den Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds bereitgestellt und wird im Grunde eine Kreditemächtigung über 200 Milliarden Euro gegeben. Diese Kreditemächtigung kann 2022 noch ganz gut gegeben werden, weil wir noch die Corona-Ausnahmeregel von der Schuldenbremse haben. Und irgendjemand hat mir jetzt gesagt, dann müsste aber eigentlich auch irgendein Anknüpfungspunkt in dem Jahr sein, das heißt, dass da auch signifikant schon Geld fließen muss, und das wäre einer der Gründe, warum man es unbedingt jetzt im Dezember schon wirksam haben möchte. Aber ich weiß nicht genau, ob das stimmt. Da müsste man noch mal Juristen fragen, ob das wirklich so ist.

Marco Herack:

Ja. Das heißt aber auch, dass man irgendwie jetzt – wir haben jetzt den 18. Oktober – dann irgendwann im November ja spätestens mal die Sache erledigt haben muss, was vielleicht auch ein bisschen erklärt, warum da so viel Druck drin war in dem Ding jetzt am Ende. Dann kommen wir mal zu dem, was da, na ja, beschlossen wurde, würde ich nicht sagen, sondern worauf man sich in der Gaskommission geeinigt hat, ist vielleicht die richtige Formulierung und damit dann der Bundesregierung empfiehlt. Oder?

Sebastian Dullien:

Also gibt zwei Elemente, die man unterscheiden muss und die wichtig sind. Das eine ist diese Gaspreisbremse für die Haushalte und das andere ist die Gaspreisbremse für Gewerbe und Industrie. Fangen wir mit den Haushalten an, weil das auch das ist, wo wir, Isabella und ich, viel zu gearbeitet haben und was jetzt, glaube ich, das ist, was bei den Menschen vor Ort einfach so brennt. Und da ist jetzt die Idee, dass zunächst einmal eine Abschlagszahlung im Dezember quasi vom Bund übernommen wird. Die Versorger ziehen das nicht mehr von den Kunden ein, sondern der Bund erstattet denen das. Und – und das ist wichtig –

Abschlagszahlungen sind ja eigentlich nur Vorauszahlungen. Dieser Betrag wird auch gleich am Ende dann von der Rechnung abgezogen am Ende. Das heißt, das, was man da als Abschlag zahlt, das kriegt man wirklich erlassen. Und dann ab März oder April, je nachdem, wann die Versorger das wohl hinkriegen, soll man jeden Monat einen Rabatt kriegen. Der entspricht der Differenz zwischen dem aktuellen Preis für Gas – 12 Cent – und zwar für 80 Prozent des geschätzten Verbrauchs. Wir können gleich mal ein bisschen beschreiben, warum geschätzt und was geschätzt ist. Aber de facto bedeutet das, dass man so gestellt ist, zumindest wenn man weiterverbraucht, wie bisher oder nicht weniger als 80 Prozent des Vorjahres verbraucht, dass man eben so gestellt ist, als könnte man dieses Gas für 12 Cent pro Kilowattstunde kaufen und nicht das, was im Moment Neukunden zahlen, was ja über 20 Cent geht.

Marco Herack:

März, April, da irgendwann fängt das dann an. Und jetzt hast du ja schon einen Grund genannt, warum es vielleicht diesen Dezemberabschlag geben könnte. Aber es wirkt ja auch so, als wenn man das vor März, April mit der Subventionierung nicht hinkriegt, dass man im Dezember dann auch noch mal irgendwas auszahlt, damit überhaupt mal Geld geflossen ist. Also so „hauen wir mal als unkomplizierte Lösung so raus“.

Sebastian Dullien:

Ja, klar. Also das ist natürlich schon so, dass März, April ein bisschen spät ist, insbesondere wenn ganz viele jetzt irgendwann zwischen Oktober und Januar ihre Gaspreiserhöhung bekommen, und einige haben das ja auch schon bekommen, und dann einfach jetzt viel, viel höhere Abschläge leisten müssen und finanziell unter Druck geraten. Und da war jetzt halt die Idee, da irgendwas zu machen, um das, ja, erst mal abzufangen.

Marco Herack:

Was ist dieser geschätzte Verbrauch ab März oder April? Also macht ja schon einen Unterschied, ob März oder April.

Sebastian Dullien:

Das stimmt. Das macht einen Monat Unterschied und dann kriegt man eben für einen Monat das Geld oder nicht das Geld, das muss man eben gucken. Der geschätzte Verbrauch ist halt der, der den Abschlagszahlungen zugrunde liegt, weil die Versorger gesagt haben, das ist im Grunde der einzige Datenpunkt, den sie über ihre Kunden haben. Sie wissen nicht bei allen Kunden, was die im Vorjahr verbraucht haben, aber sie haben ja für alle irgendeine Schätzung, mit der die Abschlagszahlung berechnet wird. Darum basiert dieser ganze Rabattmechanismus auf den Abschlagszahlungen. Und jetzt kannst du fragen, warum wissen die eigentlich nicht, was ihre Kunden im letzten Jahr verbraucht haben. Das liegt daran, dass 20 Prozent etwa so angeblich im letzten Jahr den Versorger gewechselt haben oder die Wohnung gewechselt haben und dann liegen die Daten einfach nicht mehr vor. Und um es dann handhabbar zu machen in der kurzen Zeit, ist eben diese Abkürzung über den Abschlag genommen worden.

Marco Herack:

Ist das jetzt irgendwie ein Anreiz, dass die Leute jetzt noch mal Gas raushauen?
Oder ist das damit erledigt, weil man es ja eh schätzt?

Sebastian Dullien:

Das ist so ein bisschen das Kommunikationsproblem. Also an dem Tag, wo der Bericht rauskam, da schrieb mir ein Journalist „super, dann kann ich ja im Dezember umsonst heizen, dann heize ich so viel wie nur geht“. Das ist aber ein Fehlschluss, weil tatsächlich läuft es ja so, dass am Ende des Jahres der Gasverbrauch fürs ganze Jahr abgerechnet wird. Und man zahlt aber jeden Monat den gleichen Abschlag. Also die meisten Menschen heizen im August und Juli nicht so viel in Deutschland oder gar nicht eigentlich de facto, trotzdem zahlt man jeden Monat den gleichen Abschlag. Und das heißt, im Grunde rechnet sich das dann alles auf die Jahresrechnung um und die Einmalreduktion da im Dezember, die wird einfach von der Jahresrechnung abgezogen. Das heißt, wenn du im Dezember viel heizt, zahlst du auch viel. Also das zahlst du einfach voll mehr, das hat nichts damit zu tun, wie viel du dann hinterher den Rabatt kriegst.

Marco Herack:

Und die Schätzung wird dadurch auch nicht beeinflusst, dass ich jetzt anfangs, irgendwie mehr Gas zu verbrauchen?

Sebastian Dullien:

Nein, also normalerweise wird die Abschlagsschätzung tatsächlich auch an die Vorjahresrechnung angepasst. Also wenn du in einer Wohnung wohnst und dann jetzt mal weniger Gas verbrauchst, dann nehmen sie die normalerweise runter. Und wenn du jetzt mehr Gas verbrauchst, dann nehmen sie die normalerweise hoch. Aber das ist eben zu dem Moment der Jahresrechnung und nicht jetzt zu dem Zeitpunkt irgendwie zwischendurch.

Marco Herack:

Okay. Und wie findest du jetzt diese Lösung? Also ehrlich gesagt, es klingt ja jetzt nicht so, als ob man da irgendwie zwei Tage drin sitzen muss.

Sebastian Dullien:

Na ja, die ist ja schon deshalb relativ kompliziert, weil man musste sich jetzt schon überlegen, was ist eigentlich machbar. Darum saßen da ja auch die Vertreter der Versorger und der Wohnungsunternehmen und eben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Übrigens saßen ja auch von den Fraktionen Leute da mit drin. Und die Frage ist ja am Ende, ist das ein Vorschlag, der alle, die es brauchen, erwischt oder denen allen was gibt, ist es ausreichend, ist es praktikabel und ist es am Ende nicht irgendwie unbalanciert. Und jetzt muss man sagen, so im Grundprinzip ist das ja sehr, sehr ähnlich dem, was Isabelle Weber und ich im Februar vorgeschlagen haben. Wir hatten damals vorgeschlagen, es gibt ein Grundkontingent, was man eben für einen gedeckelten Preis bekommt. Und wir hatten vorgeschlagen, das Grundkontingent an der Haushaltsgröße festzumachen. Jetzt ist das im Grunde an dem geschätzten Verbrauch festgemacht und nicht an der Haushaltsgröße. Da ist ein Unterschied dabei. Man kann argumentieren, dass die Haushaltsgröße im Grunde sozialer wäre, aber, das muss man einfach sagen, das war jetzt völlig

unrealistisch, das umzusetzen, insbesondere mit dem Zeitdruck, weil, das haben, glaube ich, sehr viele nicht gewusst oder sich nicht klargemacht, die Versorger wissen natürlich nicht, wie viel Menschen in einem Haushalt wohnen, wie sollten sie auch, aber sie wissen auch nicht, wie viel Haushalte an einem Anschluss dranhängen. Also sie sagen, wir können nicht sehen, ob das jetzt eine Villa ist mit Privatschwimmbad, wo dann das Gas verbrannt wird oder ob das ein Mehrfamilienhaus mit ein paar Sozialwohnungen ist. Sondern wir sehen nur, wie viel Gas am Ende verbraucht worden ist. Wenn das der Datenstand ist, mit dem man arbeitet, dann kann man natürlich nicht richtig ... ja, dann sind die Variationen, die noch möglich sind, relativ gering. Gegeben dessen ist es grundsätzlich, glaube ich, ein pragmatisch sinnvoller Ansatz, das jetzt so zu machen, wie man es macht, weil man tatsächlich vielen Haushalten, die das brauchen und die sonst in Zahlungsschwierigkeiten geraten wären, jetzt kurzfristig da über den Winter hilft und über das nächste Jahr hilft.

Marco Herack:

Dieser geschätzte Verbrauch, ist das nicht so, dass die Versorger jetzt irgendwie einen Anreiz haben, quasi jetzt noch mal besonders hoch zu schätzen beim Verbrauch?

Sebastian Dullien:

Also die Versorger ja ohnehin nicht, sondern wenn dann wäre das ja dein Anreiz oder der Anreiz der Menschen mit Gasheizung, den jetzt hochzunehmen. Aber für diese Abschlagszahlung im Dezember soll eh auf den Septemberwert geguckt werden. Das heißt, da kann man jetzt nicht mehr nachträglich was manipulieren. Das hat allerdings auch Schwächen. Das ist ja ganz oft so, dass wenn man so Politikmaßnahmen umsetzt, dass wenn man es gerechter macht und wenn man verhindern möchte, dass es missbraucht wird, dann fallen einige Leute, die es eigentlich brauchen würden, hinten runter. Und zum Beispiel jetzt die Menschen, die ihre Gaspreiserhöhung im Oktober oder November bekommen haben oder gar Dezember und wo dann auch der Abschlag gleich hochgesetzt wurde, weil der Kilowattstundenpreis erhöht wurde, die kriegen jetzt dann natürlich diesen ersten Rabatt ausgezahlt, basierend auf dem alten Preis. Und kriegen auch jetzt Leute das ausgezahlt, die vielleicht einen langlaufenden Vertrag haben bis Ende nächsten Jahres, so was soll es ja auch geben, und noch bei 7 Cent sind oder so. Und die kriegen jetzt auch diesen Dezemberabschlag ausgezahlt, wo man sich dann fragen muss, ist das eigentlich notwendig und könnte man das nicht anders machen.

Marco Herack:

Das betrifft doch gar nicht so wenige, oder? Das ist ja so ein rollierender Prozess. Weiß man denn, wie viele das betrifft?

Sebastian Dullien:

Also wir haben keine Daten davon, aber es scheint noch eine relativ große Menge von Altverträgen zu sein. Also der Durchschnittspreis, da haben wir ja eine Idee durch die Daten von Destatis. Aber über die genaue Verteilung haben wir zumindest keinen Einblick. Ich weiß nicht, die Versorger haben wahrscheinlich mehr, aber da es eben eine Reihe von Haushalten gibt, die in sehr teuren Verträgen sind, also muss es auch ziemlich viele geben, die noch in günstigen Verträgen sind. Aber wir

wissen leider nicht genau, wann die auslaufen.

Marco Herack:

Okay und die kriegen dann einfach kein Geld?

Sebastian Dullien:

Nein, wenn du jetzt einen Vertrag hast mit 7 Cent, meinerwegen als Kilowattstundenpreis, das ist ja relativ niedrig, und der läuft noch bis Ende 2023, dann kriegst du jetzt auch deinen Abschlag im Dezember übernommen vom Staat. Auch wenn du eigentlich dann viel besser dran bist als die Menschen mit der Ölheizung.

Marco Herack:

Ach, es ist umgekehrt. Also du kriegst Geld, obwohl dir eigentlich gar keins zusteht.

Sebastian Dullien:

Genau. Einige kriegen Geld, obwohl es ihnen nicht zusteht und andere kriegen eben noch nicht den hohen Betrag, also die kriegen ja noch eine alte Abschlagszahlung bemessen im Dezember, obwohl dann möglicherweise der Preis bei ihnen schon gestiegen ist. Aber das ist eben der Punkt. Wenn du im Oktober sagst, ich möchte jetzt was machen, was in den nächsten sechs Wochen durchs Gesetzgebungsverfahren und von den Versorgern umgesetzt worden ist, dann ist es halt, was ich vorher gesagt habe, ja, ist das ein bisschen schwierig, elaborierte oder kompliziertere Dinge zu machen. Darum ist es ja so nachteilhaft, dass man jetzt sagt, wenn man jetzt rückblickend guckt, das ist alles nicht die Schuld der Kommission, sondern das ist im Grunde, wenn die Regierung einfach mal vier Monate vorher in die Puschen gekommen wäre, dann hätten wir vielleicht eine ganz andere Lösung jetzt.

Marco Herack:

Ja gut, da wollte man ja noch den Gaspreis noch viel höher machen. Stichwort Gasumlage. Also, gibt es denn da noch weitere Probleme, wo man sagen würde, da entstehen soziale Ungerechtigkeiten? Also wenn erst mal nur zu viel Geld rausgehauen wird, kann man ja immer noch sagen, okay, das tut ja keinem weh außer der Staatskasse. Aber andersrum?

Sebastian Dullien:

Sagen wir so, es ist ganz oft der Fall, dass da noch Sachen drin sind, wo man sagt, das tut vielleicht der Staatskasse noch weh. Denn diese 80 Prozent bedeuten natürlich auch, dass jemand, der eben in der 70er-Jahres-Villa wohnt, schlecht isoliert, mit dem Hallenbad unten drin, alles mit Gas heizt und solche Fälle gibt es tatsächlich, dass der im Grunde super viel aus dem Subventionstopf kriegt und die Person, die eben jetzt eine 60-Quadratmeter-, weiß ich nicht, so 80er-Jahres-Wohnung wohnt, dass die ziemlich wenig kriegt. Jetzt kann man sagen, das ist okay; der Villenbesitzer hat eben auch die höhere Mehrbelastung. Aber ich glaube, dass die meisten Menschen das nicht als sozial angemessen empfinden. Und da ist im Moment halt noch das Problem, dass wenn man es ohne weitere Beschränkungen umsetzen würde, ich glaube, hier ein riesiges Skandalisierungspotenzial wäre. Hier muss man aber fairerweise sagen, das hat die

Kommission auch erkannt und hat deshalb in ihrem Zwischenbericht auch einen sehr dringend Prüfauftrag an die Regierung drin, dass die eben begrenzen sollen, wie viel maximal gefördert wird. Also man könnte das ja sehr einfach machen, indem man sagt, na ja, also 25.000 Kilowattstunden, mehr gibt es pro Haushalt eben nicht. Aber dann hast du wieder das Problem, wie setzt du das relativ zügig oder zeitnah um und wie klärst du, ob da jetzt die Villa oder das Mehrfamilienhaus dranhängt. Wir haben auch ein paar Ideen, wie man das machen kann. Die Kommission hat wahrscheinlich dann irgendwann gesagt, das prüfen wir jetzt hier nicht weiter. Man muss sich natürlich klarmachen, die Kommission, wie sie zusammengesetzt ist; mit der sehr starken Fraktion von Versorgern und auch den Vermietern, die haben natürlich einen Bias dahin, Dinge möglichst nicht machen zu wollen, die da Verwaltungsaufwand bedeuten. Und am Ende muss dann die Regierung gucken, wie sie das noch umsetzt.

Marco Herack:

Das klingt so ein bisschen nach Strickwerk, wie man so schön sagt. Also so richtig zufrieden ist ja jetzt wahrscheinlich keiner?

Sebastian Dullien:

Ich glaube, das ist ein bisschen ... weil wir haben jetzt noch gar nicht über die wirkliche Wirkung gesprochen. Also wir haben jetzt darüber geredet, wie werden die Haushalte entlastet und wo sind die Probleme, aber man muss sich einfach mal klarmachen, was das Ganze bedeutet.

Marco Herack:

Ja gut, der Villen- oder die Villenbesitzerin ist zufrieden. Das habe ich schon verstanden, Sebastian.

Sebastian Dullien:

Vielleicht dann ja auch nicht, wenn das noch anders umgesetzt wird. Aber man muss sich jetzt einmal noch mal klarmachen, dass das schon ein ziemlich großer Schritt ist. Man muss sich klarmachen, dass ab März, April, wenn diese zweite Stufe zündet, wirklich alle Gashaushalte ziemlich deutlich entlastet werden und zwar so, dass über alle Verbräuche und Einkommen im Grunde fast die Hälfte der Gasrechnung übernommen wird. Wenn jetzt die Hälfte der Gasrechnung übernommen wird und der Gaspreis sich vervierfacht, wie man das erwartet, dann ist man etwa bei der Preissteigerung wie bei Öl oder anderen Heizarten. Und damit ist diese Spitze und dieses große Problem des Gaspreises aufgefangen. Und das hat auch konjunkturell sehr, sehr relevante Wirkung. Also der Gaspreis ist ja einer der Gründe gewesen, warum wir in unserer Prognose die Konsumrezession jetzt eingestellt haben über den Winter. Ich glaube auch, die wird sich wahrscheinlich nicht verhindern lassen, weil einfach das ganze Zeugs zu spät kommt, aber grundsätzlich steuert das dem wirklich entgegen. Also das kann das Wachstum um einen Prozentpunkt erhöhen im nächsten Jahr und das kann durchaus die Inflationsrate um zwei Prozentpunkte senken. Und das sind ja Sachen, da sind ja die Ziele der Gaspreisbremse oder das waren auch die Ziele von Isabella Weber und mir von dem Gaspreisdeckelvorschlag aus dem Februar für den Grundverbrauch und das wird jetzt umgesetzt. Und das ist erst mal schon ein toller Erfolg. Dass man jetzt bei den technischen Details nicht alles so schön umsetzt, wie

man es gerne in einer perfekten Welt gehabt hätte, das hat halt damit zu tun, dass einfach man zu spät angefangen hat, daran zu arbeiten.

Marco Herack:

Okay. Dann kommen wir mal zu den Unternehmen. Über die haben wir jetzt noch gar nicht gesprochen. Für die wurde aber auch eine Lösung entwickelt.

Sebastian Dullien:

Also bei den Unternehmen sollte es so ausgehen – und da scheint es auch noch ja durchaus mehr Unklarheiten zu geben, ist auch aus verschiedenen Gründen, glaube ich, komplexer als die Frage bei den Haushalten. Bei den Unternehmen ist die Idee, da muss man jetzt gucken, ob man das Gewerbe, was im Grunde einen Anschluss hat, der so aussieht wie so ein Haushaltsanschluss, ob man die dann einfach wie Haushalte behandelt, also 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs. Bei der Industrie ist das jetzt so geplant, dass eben 70 Prozent eines normalen Verbrauches quasi so rabattiert, subventioniert werden sollen, als würden sie nur 7 Cent pro Kilowattstunde kosten und damit quasi der Kostendruck rausgenommen werden soll. Jetzt mag man sagen, 7 Cent ist ja viel niedriger als die 12 Cent. Da muss man dazu wissen, dass die 7 Cent ohne Mehrwertsteuer und ohne Netzentgelte und so Zeugs ist. Also das soll dann angeblich etwa das Ähnliche sein. Das heißt, bei den Unternehmen läuft es ein bisschen so ähnlich wie bei den Haushalten, nur mit einer niedrigeren Summe. Aber auch die sollen eben sehr massiv da entlastet werden.

Marco Herack:

Das hilft den Unternehmen dann tatsächlich zu überleben?

Sebastian Dullien:

Ja. Also ich meine, also es wird möglicherweise nicht allen Unternehmen helfen zu überleben. Also die Unternehmen, die auch mit 7 Cent pro Kilowattstunde nicht klarkommen würden, die werden auch damit nicht überleben. War ja wesentlich günstiger bislang das Gas, gerade für Unternehmen. Da haben wir wahrscheinlich eher so von, ja, maximal 3 Cent oder so gesprochen. Aber es hilft natürlich den Unternehmen, die ein Geschäftsmodell haben, was auch mit etwas teurerem Gas auskommt und die dann damit leben können, dass sie die Produktion etwas runterfahren. Die würden jetzt einfach rein rechnerisch damit auch durch das nächste Jahr kommen. Auch das ist an sich gut. Das Problem hier ist eher, dass noch nicht ganz klar ist, wie das jetzt ausgestaltet wird und ob alle Unternehmen das bekommen. Da steht jetzt was von Standortsicherungsklausel drin, weil natürlich die Gefahr ist, wenn du einfach das so auszahlen würdest, dann wächst die Gefahr, dass das Unternehmen sagt, ja, schön, ich nehme die Subvention mit, mache meinen Betrieb hier zu und produziere das Produkt XY in den USA in meinem Werk in den USA und liefere es künftig nur noch nach Deutschland. Jetzt aus der Überlegung, dass Gas gespart werden soll in Deutschland, kannst du sagen, ja, das ist ja vielleicht gar nicht so schlecht, aber du möchtest ja eigentlich nicht nur Gas sparen, sondern du möchtest die Unternehmen auch in Deutschland halten mittel- und langfristig. Du willst ja gerade nicht, dass die Strukturen kaputtgehen durch den hohen Gaspreis.

Marco Herack:

Also, dass sie eben nicht auch woanders produzieren. Also Unternehmenspleite ist ja ein Thema, das andere ist aber, dass Unternehmen einfach sagen, gehe ich halt woanders hin, wo es billiger ist zu produzieren.

Sebastian Dullien:

Das möchtest du eigentlich nicht unbedingt und da wird, glaube ich, die Diskussion auch sowohl in der Kommission als auch in der Politik hinterher darüber gehen, wie kann ich sicherstellen, dass die, die da jetzt diese Subventionen abgegriffen haben oder bekommen – und wir reden hier von ziemlich viel Geld. Also von diesen knapp 100 Milliarden, die man für die Gaspreisbremsen ausgibt, gehen 35 Milliarden etwa nach unseren Berechnungen an die Privathaushalte und der Rest geht eben an Handel und Gewerbe, Dienstleistung, also sind eher diese typischen kleineren Unternehmen, die wir so kennen, und die Industrie. Das zeigt einfach, um wie viel Geld es hier geht. Und das möchte man jetzt nicht einfach ausgeben, um hinterher die Unternehmen zuzuhaben. Das hat dann ja keinem richtig geholfen.

Marco Herack:

Das wird dann auch erfüllt, dass die Unternehmen in Deutschland gehalten werden können? Oder es gibt zumindest eine Chance. Man kann ja nicht immer sagen, das wird erfüllt.

Sebastian Dullien:

Ja, ich glaube, das kommt jetzt sehr darauf an, wie man das ausgestaltet. Und da weiß ich auch gar nicht, ob die Kommission jetzt noch in den letzten Sitzungen, die sie noch hat, weil sie sich eigentlich auch noch ein bisschen um Angebot und Nachfrage von Gas kümmern wollte, ob sie da überhaupt noch Zeit hat, da sehr tief ins Detail zu gehen oder ob das am Ende die Fachministerien machen müssen, dann da die Leitplanken so einzuziehen, dass eben sichergestellt ist, dass die, die die dicken Subventionen abziehen, dann nicht ins Ausland gehen. Ich meine, die zweite Frage ist ja, kann man es irgendwie noch hinkriegen, dass die, die die Subventionen bekommen, davon auch was an ihre Kunden weitergeben. Also was wir auch nicht unbedingt wollen – klar, einigen Unternehmen geht es wirklich schlecht, aber anderen geht es auch relativ gut – dass die Unternehmen jetzt die Subventionen einsacken, bisschen die Produktion zurückfahren, ihre Preissetzungsmacht nutzen, die Preise erhöhen, ihre Margen richtig erhöhen und am Ende mit dicken Gewinnen aus der Krise rausgehen. Also mit Gewinnen, die wesentlich höher sind als vorher. Und dann vor allem eben auf Kosten des Steuerzahlers. Das möchte man auch verhindern.

Und da ist die Frage, wie kann man das machen. Bei all diesen Dingen ist immer so ein bisschen der Konflikt, einerseits möchte man den Unternehmen nicht Gewichte ans Bein hängen in der Krisenzeit, jetzt nicht riesige Berichtspflichten. Man kann es auch schlecht machen, dass man alles in einem detaillierten Einzelantrag erst mal prüft, weil es geht hier um über 20.000 Unternehmen, die da betroffen sind und es muss auch schnell gehen. Aber gleichzeitig möchte man natürlich nicht, dass das Geld einfach verschwendet wird. Und für die Regierung wäre es auch eine Katastrophe, wenn man hinterher feststellt, dass irgendein wirklich großes Unternehmen dann ein paar Milliarden eingesackt hat meinetwegen im Extremfall,

aber dann hier die Betriebsstätten zugemacht hat und damit ins Ausland gegangen ist und dicke Gewinne abgezogen hat.

Marco Herack:

Wann kriegen denn die Unternehmen Geld?

Sebastian Dullien:

Auch das ist noch nicht klar. Und was man so hört, gibt es da auch unterschiedliche Positionen innerhalb der Kommission. Es gibt ein paar, sie haben es auch geäußert öffentlich, darum kann man das, glaube ich, so sagen, ein paar der Ökonomen, die der Meinung sind, am besten bekommen die Unternehmen das einfach alles vorab einmal ausgezahlt, dann ist man damit durch. Und andere sagen, das ist vielleicht nicht so eine gute Idee, weil dann ist die sicherste und einfachste Verhaltensweise der Unternehmen, das Geld zu nehmen und eben danach nicht mehr zu produzieren und die dann sagen, vielleicht ist es besser, das nach und nach auszuzahlen und eben zu gucken, dass man es dann monatweise auch daran koppelt, dass da die Produktionsanlagen noch existieren.

Marco Herack:

Okay, also das ist eine ziemliche Baustelle, wie mir scheint.

Sebastian Dullien:

Das ist eine ziemliche Baustelle und muss aber dann auch demnächst irgendwann kommen. Aber das ist weniger genau festgelegt im Kommissionsbericht als dieses Dezember- und März-April-Daten, die da drinstehen.

Marco Herack:

Wenn ich dich jetzt fragen würde, so insgesamt, macht das alles Sinn oder sind wir da eher noch in so einem Zustand „kann man noch gar nicht sagen“?

Sebastian Dullien:

Nein, ich glaube, das macht schon Sinn. Das ist super, dass das jetzt grundsätzlich alles auf die Schiene gesetzt ist und wir sind da einen ganz großen Schritt weiter, auch bei der makroökonomischen Stabilisierung in Deutschland. Aber eben ist eigentlich wirklich traurig, dass das so übers Knie gebrochen worden ist, weil man dann, ja, einfach bestimmte Dinge nicht machen kann. Der Handlungsspielraum ist dann einfach sehr eingeschränkt.

Marco Herack:

Sebastian Dullien, ich danke dir für das Gespräch.

Sebastian Dullien:

Danke Marco.

Marco Herack:

Ja und wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, dann tickert uns an auf Twitter @boeckler_de. Ihr könnt uns auch eine E-Mail schreiben: systemrelevant@boeckler.de. Und wir freuen uns natürlich auch, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Und wenn ihr Sebastian noch was zu

sagen habt zu seinen unsäglichen Ausführung oder zu seinen ganz tollen Ausführungen, je nachdem wie ihr das seht, dann könnt ihr ihn auf Twitter antickern @SDullien, also Sebastian Dullien. Wir danken euch fürs Zuhören, wünschen euch eine schöne Zeit und bis nächste Woche. Tschüss.

Sebastian Dullien:
Bis dann. Tschüss.